

Rundschau : Monatsschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **25 (1931)**

Heft 4

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Friedenstreffen vom 1. Februar in Basel.

Am Sonntag, den 1. Februar, veranstaltete die Reichsbahn mehrere Extrazüge aus der Richtung Freiburg i. Breisgau nach Basel, um den vielen Deutschen, die in ihrer Heimat den Remarquefilm „Im Westen nichts Neues“ nicht sehen durften, Gelegenheit zu geben, ihn in einem der größten Kinotheater, im „Capitol“ zu Basel, zu sehen. Nachdem der Film schon über ein Monat täglich viermal, jeweils nachmittags, fast immer bei ausverkauftem Hause, gegeben worden war, konnte die Meldung, daß er von über 70 000 Personen besucht worden war, nicht mehr erstaunen.

Diese günstige Gelegenheit eines Massenbesuches deutscher Friedensfreunde benutzte die junge Vereinigung für Friedensarbeit in Basel auf Anregung einiger Freiburger Pazifisten zu einer gemütlichen Zusammenkunft in einem etwa 300 Personen fassenden Saale im ersten Stock des Restaurants zum „Helm“ an der Eisen-gasse nach der ersten Filmvorführung. Der Saal füllte sich gegen 4^{1/2} Uhr bis auf das hinterste Plätzchen, und Herr Pfarrer Liechtenhan, der Präsident der Vereinigung für Friedensarbeit, konnte seiner großen Freude über den zahlreichen Aufmarsch mit beredten Worten Ausdruck geben. Neben ihm hatte die hohe Gestalt eines katholischen Geistlichen Platz genommen. Es war dies Herr Prof. Keller aus Freiburg i. Breisgau, der in einem kurzen Votum die Herzen der Anwesenden im Sturm eroberte. Er wies u. a. auf das vielumstrittene Bild des Malers Grosz „Christus mit der Gasmaske“ hin und sagte, man sollte dieses Bild an jede Kanzel hängen, damit jeder Prediger vor Betreten derselben gezwungen sei es anzusehen und über die wahre Bedeutung desselben nachzudenken. Er sprach auch die Wahrheit aus, daß der Krieg nicht im Interesse der Ehre des Vaterlandes, sondern im Interesse des internationalen Kapitalismus geführt worden sei, was man aus dem Munde eines katholischen Geistlichen nicht allzu oft zu hören bekommt. Ein weiterer Votant, der Präsident der „Pro Pace“, einer Vereinigung junger Katholiken, sprach im Namen der jüngsten Generation und betonte, daß gerade diese berufen sei, für den Frieden zu arbeiten. Zum Schluß sprach Herr Luft aus Freiburg, ein ehemaliger Kriegsteilnehmer, vom Krieg als einem Sonntagsvergnügen, wie er ihnen als siebzehnjährigen jungen Leuten geschildert worden sei und wie dann erst 50 m vor dem englischen Schützengraben, als sie die Engländer als menschliche Gestalten auftauchen sahen, die Ernüchterung gekommen sei, wie da einer seiner Kameraden zu ihm hingeflüchten sei und ihm ins Ohr geflüstert habe: „Die da drüben sind ja ganz die gleich dummen Kerle wie wir.“

Nach etwa zweistündigem Beisammensein lichteten sich die Reihen; denn die deutschen Friedensfreunde mußten auf den Zug. Wäre das Wetter nicht so verlockend schön gewesen, so wäre der Saal viel zu klein gewesen, denn dann hätten sich sicherlich mehr Basler eingefunden. Einige Elsfässer Freunde erfreuten ebenfalls durch ihre Anwesenheit.

H. Naegeli.



Monatschau.

1. Weltpolitik.

Nachdem wir unmittelbar vor Ostern eine Aufhellung des weltpolitischen Horizontes haben feststellen und in der dänischen Abrüstung sogar eine rechte politische Osterbotschaft begrüßen dürfen, ist plötzlich wieder eine Verfinsterung eingetreten, und zwar eine von so schlimmer Art, daß man wohl bis zur Besetzung des Ruhrgebietes zurückgehen muß, um auf eine Wendung von solcher Tragweite zu stoßen.

Das Ereignis, das diese Wendung herbeigeführt hat, ist selbstverständlich die

sogenannte *Zollunion* zwischen Deutschland und Oesterreich. Daß diese den vorletzten Schritt zur völligen *politischen* Vereinigung darstellt, ist so klar, daß man nicht versuchen sollte, es zu leugnen. *Darin*, im Politischen, nicht im Wirtschaftlichen, liegt die Bedeutung dieser Aktion und *daraus* fließt ihre verhängnisvolle Wirkung.

Denn gegen eine bloße Zollunion könnte selbstverständlich niemand etwas haben. Freilich müßte es dann nicht eine bloß zwischen zwei Staaten, sondern eine allgemein europäische sein. Eine von der ersten Art oder ihr verwandte wird nicht eine Niederlegung, sondern eine Erhöhung der europäischen Zollmauern zur Folge haben. Wenn sich über Europa, ja über die Welt hin, große Machtgruppierungen dieser Art bildeten, so kämen wir auf dem weltwirtschaftlichen Gebiet zu dem gleichen Zustande wie vor dem Kriege auf dem weltpolitischen und das Ergebnis wäre das gleiche, vielmehr ein an Verderblichkeit noch furchtbar gesteigertes: der allgemeine Untergang. Eine solche separate Zollunion müßte wirken wie der Separatfriede von Brest-Litowsk: sie würde den wirklichen Frieden unermesslich erschweren, ja beinahe unmöglich machen.¹⁾

Wenn das schon von einer bloßen Zollunion gälte, so noch viel mehr von dem „*Anschluß*“. Jetzt handelt es sich darum, daß nicht *zwei* Völker Europas sich einander anschließen, sondern *alle*. Im Letzteren allein liegt unser aller Rettung, im Ersteren wieder unser aller Verderben. Was wir jetzt erstreben müssen, ist ein europäischer Föderalismus, der zwar alles eher bedeutete, als die Schaffung eines europäischen Ueberstaates, der aber die Grenzen zwischen den Völkern, die wirtschaftlichen und die politischen, so wie sie jetzt bestehen, aufhebe und vor allem jene kulturelle Autonomie schüfe, welche für Sprache, Religion und nationales Wesen (das doch wahrhaftig nicht mit *staatlichem* gleichbedeutend ist) vollkommene Bewegungsfreiheit erlaubte. In einem solchen föderalistischen Verhältnis wäre auch der „*Anschluß*“ Oesterreichs an Deutschland verwirklicht, soweit er irgendwie Sinn und Wert hat, ja mehr als nur das. Deutschland könnte auf diesem Wege nur gewinnen, viel mehr als die heutigen Deutschen in ihrer großen Masse ahnen, während es auf dem nun wieder eingeflagenen bloß Mißerfolg und Verderben für sich und die andern wirken wird.

Denn verhängnisvoll und unverantwortlich ist die Aktion der Regierungen von Berlin und Wien. Aus allerlei Gründen. Verderblich ist schon das Prinzip, daß die Menschen, welche die gleiche Sprache reden, eigentlich im gleichen *Staate* vereinigt sein müßten. Dieses Prinzip, das sogenannte Nationalitätenprinzip, hat nun die Welt genügend verwüstet. Es mochte einst ein gewisses Recht haben und mag es da und dort noch heute besitzen, aber im Großen und Ganzen ist doch zu sagen, daß wir uns heute gerade in der umgekehrten Richtung bewegen müssen, wenn wir nicht an der Völkerpest des Nationalismus zugrunde gehen wollen. Es ist ferner klar, daß auf dem Boden des heute noch herrschenden politischen Denkens der Anschluß von den andern Völkern (wenigstens einem Teil von ihnen) nicht geduldet werden kann. Denn er bedeutete eine politische und in seinen *weiteren* Folgen auch wirtschaftliche Machtverschiebung, welche einer deutschen Vorherrschaft über Europa gleichkäme. Damit hätte Deutschland den Weltkrieg doch noch gewonnen und würde sich Naumanns imperialistischer Mitteleuropatraum doch noch verwirklichen. Das alles, wie gesagt, unter der Voraussetzung des bisherigen politischen Denkens. Ich glaube zwar persönlich, daß in dieser ganzen Rechnung ein Grundfehler ist, aber dieser Grundfehler eignet eben auch dem deutschen Plan. Er ist eine imperialistische Aktion, aus dem alten Machttreiben entsprungen, das möglichst viele Völker und Länder einer beherrschenden Nation unterwerfen will. Es ist Macht- und Gewaltpolitik alten Stils.

¹⁾ Die Erklärung, daß die deutsch-österreichische Zollunion ja allen andern Staaten offen stehe, ist natürlich nicht ernst zu nehmen. Hätte man eine *allgemeine* Union gewollt, so wäre man anders vorgegangen.

Dem entsprechend sind die Wirkungen. Zunächst ist das Kapital von *Vertrauen*, das in dem Jahrzehnt nach dem Kriege durch die Arbeit der Besten in allen Völkern mühsam gesammelt worden ist, dadurch plötzlich fast bis auf den Rest zerstört worden. Namentlich ist der Kredit der deutschen Politik für lange dahin, und trotz einigem Schein des Gegenteils beginnt die Weltkoalition gegen sie sich wieder zusammenzuschließen. Man hat in Berlin wahrhaftig dem deutschen Volk keinen Dienst getan. Besonders aber ist damit der Sache der *Abrüstungskonferenz* ein Schlag versetzt, von dem schwer einzusehen ist, wie sie sich davon erholen soll. Wer für diesen Schaden verantwortlich ist, trägt eine schwere Schuld. Der *Sturz Briands* ist wohl nur eine Frage kurzer Zeit — einer Schonzeit! — und man wird vielleicht lange warten können, bis wieder an einem solchen Posten ein Mann erscheint, dem es mit der Sache der Weltbefriedung so aufrichtig Ernst ist wie ihm, und der Deutschland so viel Vertrauen entgegenbringt. Und erst die *Reparationsfrage*! Darin war ja eine Wendung auf der ganzen Linie vorbereitet: wer wird nun dazu Lust und Mut haben? Ja, es muß ausgesprochen werden: zum erstenmal seit zehn Jahren taucht im Hintergrund wieder ernsthaft, nicht bloß als Phantasie, der *Krieg* auf — der europäische Krieg und der Weltkrieg, mit allem, was dazu gehört.

An dieser Entwicklung trägt die einstige *Entente* und besonders *Frankreich*, ein reichliches Maß von Schuld. Verhängnisvoll war schon die einfache Zerreißung des alten Oesterreich.¹⁾ Ob das noch vermieden werden konnte, bleibe dahingestellt; aber wenn es nicht möglich war, dann hätte doch ein Ersatz in Form einer Donauföderation oder eines ähnlichen Gebildes um jeden Preis geschaffen werden müssen. Briands europäische Föderation kam ja zu spät, wie Coudenhoves Paneuropa zu konstruiert war. Frankreichs Politik war eben infolge des Sieges zuerst von Uebermut und Verblendung eingegeben, um dann später in unrealistisches Träumen zu verfallen. Es hat sich auch gezeigt, wie verhängnisvoll seine Abrüstungs- oder vielmehr Nichtabrüstungspolitik mit ihrem Motiv der Angst und ihrer Sicherheitslosung und seine egoistische Abwehr umfassender wirtschaftlicher Maßnahmen war. Es erntet, was es gesät hat.²⁾ Dadurch wird freilich das deutsche Verhalten nicht gerechtfertigt. Und auch das österreichische nicht. Es tut einem in Bezug auf Oesterreich wirklich leid, daß es so wenig Mut und Kraft aufbringt, auf eigenen Füßen zu stehen. Wenn es statt dessen meint, daß ihm von außen her geholfen werde, so wird bitterste Enttäuschung sein Los sein. Was ihm werden wird, ist die *Aufsaugung*. Ein wertvolles Stück Kultur und auch eine eigenartige und im ganzen erfreuliche Ausprägung *deutschen* Wesens wird zugrunde gehen.

So sieht die Perspektive aus, wenn die Durchführung des Planes gelingt. Aber noch ist das nicht ausgemacht, ja sogar nicht einmal wahrscheinlich. Es bleibt die Hoffnung, daß auch diese Sache anders laufen könnte, als sie geplant ist. Vielleicht könnte sie doch gerade den Anstoß zu einer wirklichen Bewegung auf den *europäischen* Anschluß hin werden. Ob das geschieht, hängt von der Qualität vor allem der französischen und englischen Staatsmänner, daneben wohl auch von der europäischen öffentlichen Meinung ab. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß sich wieder einmal das Wort erfüllte: „Ihr gedachtet es böse zu machen, Gott aber gedachte es gut zu machen, zu retten viel Volk.“

Aber zwei Bemerkungen müssen zu dieser Sache doch noch gemacht werden. Die eine ist von vornherein *allgemeiner* Natur. Sie bezieht sich auf die Rolle, die in dieser Sache der *Sozialismus* spielt. Man weiß, daß der Anschluß ein Programmstück sowohl der österreichischen Sozialdemokraten (des „*Austromarxismus*“) wie eines Teils der deutschen ist. Die letzteren wollen damit ihre nationale Gefinnung beweisen und den Nationalisten Wasser von der Mühle

¹⁾ Davor ist auch in den „Neuen Wegen“ von mir gewarnt worden.

²⁾ Es ist besonders auch an das Scheitern der geplanten *Handelskonvention* zu denken, das der „Zollunion“ ein Recht zu geben schien.

ableiten. Aber es hat auch beinahe den Anschein, als ob mehr oder weniger die ganze *Zweite Internationale* für den Anschluß eingenommen sei. Das hieße also, daß die Zweite Internationale als Ganzes oder doch in wichtigen Teilen sich zum Organ einer nationalistischen und imperialistischen Politik mache. Wenn aber ein wirklicher Sozialismus irgend etwas verhindern sollte, so doch sicher die Wiederkehr der alten Machtpolitik, in concreto: die Bildung von neuen nationalistisch und imperialistisch orientierten Blocks, die durchaus kapitalistisch gedacht sind und mit innerer Notwendigkeit zu Krieg und Untergang führen müssen. Begibt sich die Internationale, schlecht geführt, wirklich auf solche Wege, dann wird sie es jedenfalls auch mit ihrem eigenen raschen und endgiltigen Zerfall bezahlen müssen.

Die andere Bemerkung gilt dem Verhältnis der *Schweiz* zu dieser ganzen Frage. Da ist denn jedem, der Augen hat zum Sehen, klar, daß es für sie die Frage von *Sein* und *Nichtsein* ist. Denn ein solcher Sieg des Nationalitätenprinzips, also desjenigen Prinzips, welches dem, woraus sie lebt, entgegengesetzt ist, müßte für sie vernichtend sein. Und ebenso ein solcher Sieg des *Großmachtprinzips*. Auf dem Wege der entgegengesetzten Entwicklung allein liegt ihre Zukunft, wie die Zukunft Europas. Das ist sonnenklar. Darum mußte man erwarten, daß das Schweizervolk sich wie Ein Mann gegen die andere Entwicklung erhebe. Das heißt: Man hätte das erwarten müssen, wenn man die heutige Schweiz und die heutigen Schweizer nicht kannte. Statt dessen ist das geschehen, was der Kenner unserer Lage erwarten mußte: ein feig-schlaues Blinzeln nach dem Erfolg, vor dem sich zu beugen man bereit ist, das höchstens ein wenig die Faust im Sack macht, bei unseren Alldeutschen natürlich helle Begeisterung, aber nur ganz ausnahmsweise ein scharfes und ehrliches Wort, wie die Lage es forderte. Und doch hätte die Stellungnahme der Schweiz als Beeinflussung der öffentlichen Meinung der Welt gewiß nicht wenig zu sagen. So wird also in einer wirklichen Lebensfrage die Schweiz von den Schweizern verraten. Das ist unser Patriotismus. Genau so ist er in allem. Aber desto lauter wird er von unserer Armee schreien. Und das ist eben für die Lage charakteristisch: Die Armee wird immer mehr zum Ersatz für alle *wirkliche* Behauptung der „Unabhängigkeit“ der Schweiz und eine spanische Wand, hinter der sich aller wirkliche Verrat an ihr verbirgt. Sie wird zu einem Fetisch, an den man sich umso fanatischer klammert, als es eben bloß noch ein Fetisch ist. Man gibt auf alle Weise die Schweiz preis und schwingt dann den Kinderfädel und — spricht „Schwyzerdütsch!“ Nicht genug kann man diese Tatsache bedenken.

Wenden wir uns von dem Bilde dieser argen Reaktion gegen alle Hoffnungen, die auf eine Erneuerung Europas und die ganze Welt zielen, ab, so stoßen wir leider nicht sofort auf ein erfreulicheres. Ganz besonders muß die *russische* Orientierung, die in Deutschland immer mehr überhand nimmt, zu denken geben. Sie hat sich durch den Besuch der deutschen Industrieführer in Rußland kundgetan, der zu großen russischen Bestellungen (bis zum Wert von 500 Millionen Mark) führen soll. Viel wichtiger aber ist, daß sie die deutsche Stimmung beherrscht, wie dem Ausländer jeder Aufenthalt in Deutschland zeigt. Nun bin ich sicher nicht gegen ein großgefinntes Verhalten zu Rußland, aber ich kann nicht anders, als in diesem Quasi-Bündnis zwischen Deutschland und Rußland (das schon im Rapallo-Vertrag zum Ausdruck kam) ein Element der *Unwahrheit* erblicken. Soweit es *politischen* Sinn hat, will doch nur ein Teil den andern benutzen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß *Deutschland* die Zeche bezahlen würde. Das wäre auch der Fall, wenn sich die Scheidung Europas in einen östlichen und westlichen Block wirklich festigen würde. Deutschland käme doch in die Mitte und würde aufgerieben. Seine Berufung und Rettung liegt ganz sicher in einer *selbständigen* Haltung, einer Haltung der „Mitte“ in einem besseren und höheren Sinne. Dafür ist allerdings ein freier Blick nötig, als ihn jetzt die meisten Deutschen haben.

In der Berichtszeit hat zum Teil infolge des sogenannten russischen Dum-

pings der Gedanke einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Rußland und dem „Westen“, der von diesen, wenn möglich gar durch das Organ des Völkerbundes, geplant würde, weiter um sich gegriffen. Ich halte ihn nach wie vor für nicht viel besser als eine Phantasie. Gewiß wird er da und dort erwogen, aber bis seine Verwirklichung *möglich* wäre, müßte vieles geschehen, das doch im höchsten Grade unwahrscheinlich ist. Ich halte es darum für verhängnisvoll, wenn ein Mann wie *Romain Rolland* nun auch in dieses Horn stößt.¹⁾ Romain Rolland, dessen ewiges Schwanken in seiner Stellung zum Bolschewismus ihm bei Urteilsfähigen viel von dem Kredit geraubt hat, den man ihm sonst gern gewährt hätte, ist ein großer Dichter, aber ein ganz schlechter Politiker. Vielleicht ist es unmöglich, daß ein großer Dichter auch ein guter (oder gar großer) Politiker sei — vielleicht!

Auch die Störung der „*Flottenverständigung*“ ist eine Wolke am politischen Himmel. Ueberhaupt bleibt *Italiens* politisches Spiel immer machiavellistisch.

Dagegen darf man an der Entwicklung der Dinge in *Indien* im Ganzen Freude haben. Gandhis Haltung ist von dem Allindischen Kongreß zu Karachi mit ganz unerwartet großer Mehrheit gebilligt worden. Er ist nun Abgeordneter zu der neuen Round Table Conference, die im Juni in London stattfinden soll. Also kommt nun Gandhi nach Europa! Daß Gandhi in Indien einer Anfechtung von Seiten der Extremen ausgesetzt ist, die bis zu Tötlichkeiten ausartet, sollte denen zu denken geben, die sich nur für jemanden erwärmen können, dem alles zustimmt und die für Gandhi schwärmen, soweit das von ferne gesehen der Fall zu sein scheint. Man wird im übrigen immer bedenken müssen, daß Gandhi nicht ein Mensch nach europäischem Muster und daß seine Aufgabe äußerst kompliziert ist. Er wird gewiß immer wieder den notwendigen Weg finden.

Erfreulich sind endlich auch die Vorgänge, die in *Spanien* zur Republik geführt haben — erfreulich nicht einfach deshalb, weil Republik auf alle Fälle besser wäre als Monarchie; sondern weil diese Vorgänge ein Zeichen mehr sind, daß man keine Völker und Rassen einfach verloren geben soll. Auch die spanische „Rasse“ erwacht aus langer Apathie. Und die Entfernung eines verkommenen Monarchen mit seiner ebenso verkommenen ganzen Dynastie ist doch ein Zeichen von Gesundheit. Daß die katholische Kirche all ihre alten Vorrechte verliert und die Konfessionen völlige Gleichheit der Rechte besitzen sollen, ist für den Kenner der Geschichte ein völliges Wunder.

Endlich: Italien ist doch der Generalakte beigetreten.

2. Nationalsozialismus, Kommunismus, Sozialdemokratie.

Im deutschen *Nationalsozialismus* sind bemerkenswerte Entwicklungen vor sich gegangen. Das Ministerium Frick in *Thüringen* ist gestürzt worden. Dagegen ist meistens symptomatisch. Sodann hat sich eine Zerfetzung gezeigt, die der Bewegung von Anfang an als Schicksal eingestiftet ist: Der proletarische Flügel hat sich in Berlin unter der Führung des Hauptmanns a. D. Stennes gegen Hitler erhoben. Zwar konnte diese Rebellion rasch niedergeschlagen werden, aber sie zeigt doch, wie die Entwicklung weiter verlaufen wird. Fast noch deutlicher tut dies der Uebertritt des ehemaligen Reichswehroffiziers Scheringer vom Nationalsozialismus zum Kommunismus. Ein Teil der Bewegung wird wohl bei diesem landen. Ein anderer wird in das Strombett des allgemeinen Nationalismus fließen. Die „Legalität“, auf welche Hitler hält, will vielleicht nicht bloß einen verfrühten Zusammenstoß vermeiden, in welchem er die Reichswehr *gegen* sich hätte, sondern auch seinen Einzug in die Regierung vorbereiten. Daß im übrigen die Wellen des Nationalismus dort hoch gehen, spürt jeder, der deutschen Boden betritt, sofort.

Die Haltung der deutschen *Sozialdemokratie* ist aus der Angst vor einer Herrschaft des Nationalsozialismus und vor dem Nationalismus überhaupt, dazu aus eigenem Nationalismus zu erklären. Inzwischen hat sie nun also dem Panzer-

¹⁾ In einem Artikel der „Neuen Generation“.

kreuzer B durch Stimmenhaltung zur Annahme verholten. Aber neun Abgeordnete haben dagegen gestimmt, während 19 fern geblieben waren! Diese neun Rebellen verdienen für den Mut, den sie damit bewiesen haben, die höchste Ehre. Wenn die deutsche Sozialdemokratie überhaupt noch vor dem völligen Zusammenbruch als *proletarische* Partei bewahrt werden kann, so sind diese neun Mannes, die es verhindern. Eine solche „Disziplinlosigkeit“ war etwas vom Besten, was der deutschen Partei begegnen konnte. Denn an der Parteidisziplin, die den Kopf verdummt und das Rückgrat erweicht, droht heute der Sozialismus vollends zugrunde zu gehen. Ich habe im übrigen die Ernsthaftigkeit der Gründe, welche die Partei nach dem 14. September für ihre Taktik anführen konnte, durchaus anerkannt, aber von Anfang an gemeint, eine *kühnere* Politik wäre besser gewesen. In dieser Auffassung hat mich der bisherige Gang der Dinge bestärkt. Hätte man Hitler nach dem 14. September ans Regieren gelassen, so wäre heute der Nationalsozialismus als Partei bankrott, die Sozialdemokratie aber hätte eine große Schlacht gewonnen. Heute hilft sie mit, durch Diktaturmaßregeln den Gegner niederzuhalten. Die *Notverordnungen* der Regierung Brüning mögen vielfach berechtigt sein, aber sie stärken den Gegner doch auch und machen eine Linkspartei, die dabei mitwirkt, im üblen Sinne unpopulär.

Der Bürgerkrieg im Kleinen war allerdings soweit gekommen, daß er zu Dingen führte, wie die von den Nationalsozialisten verübten wilden Taten in *Hamburg*, die an die schlimmsten Begebenheiten in Zeiten erinnern, die wir für vergangen gehalten hatten. Besonders die Kämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten sind schließlich zu einer regelmäßigen Erscheinung geworden. Es sind Bruderkämpfe. Der *Kommunismus* nimmt selbst immerfort zu. Auch das ist in Deutschland überraschend, welche eine viel größere Rolle er dort spielt als bei uns. Es sieht manchmal so aus, als ob die Sozialdemokratie aus dem Proletariat schon verdrängt wäre. Aber auch die Intellektuellen fallen ihm in steigendem Maße zu. Auch dadurch wird die russische Orientierung der Deutschen verstärkt, wie umgekehrt durch diese auch der Kommunismus.

Das sogenannte Gelingen des *Fünf-Jahrplanes* in Rußland vermehrt auch noch diese russische Begeisterung. Ich selbst bleibe gegenüber dem „russischen Experiment“ durchaus skeptisch. Daß ich damit nicht etwa die weltgeschichtliche Bedeutung der russischen Umwälzung leugnen will, wissen meine Leser hoffentlich. Aber diese Bedeutung geht gewiß über die Köpfe der Bolschewisten hinweg. Was ich jetzt sehe, ist eine Nachahmung des Kapitalismus in seiner schlimmsten, nämlich der amerikanischen Form und allerlei Anderes, nur kein Sozialismus. Woher dieser hinterher in diesem System kommen sollte, ist nicht abzusehen. Darum erwarte ich einen *Zusammenbruch* des ganzen Bolschewismus nicht weniger als einen des Faschismus. Der Weg wird über sie, wie auch über eine *erstarrte* Sozialdemokratie, hinaus führen.

Das Unbehagen über diese Erstarrung wird doch an manchen Orten stark empfunden. So in Deutschland. So auch in England. Nachdem die *Unabhängige Arbeiterpartei*, der sozialistische linke Flügel der Arbeiterpartei, versucht hatte, in der Exekutive der Zweiten Internationale eine Erörterung der Koalitionsregierung auf die Traktandenliste des kommenden Wiener Kongresses zu bringen, hat sie nun ein Manifest erlassen, das besonders in Bezug auf die Abrüstung radikale Prinzipien vertritt. (Die Gratulation an die Russen für ihren Fünfjahrplan aber halte ich für unangebracht.) Sie will mit ihrem Versuch einer Radikalisierung der nichtkommunistischen Internationale bei den linksstehenden Sozialisten in Norwegen und Polen ansetzen. Auch auf der jährlichen Ostertagung der Partei kam dieser Geist der Opposition zum Ausdruck. Er äußerte sich auch in der Wahl Fenner Brockways zum Vorsitzenden. Ob nun jener Versuch Erfolg haben wird oder nicht, jedenfalls muß es auf dieser Linie zu einer Vorwärtsbewegung kommen, sonst stirbt die Sozialdemokratie an Arterienverkalkung und treten der Kommunismus und Faschismus vollends ihr Erbe an. Ein Schritt in guter Richtung ist das Manifest der *belgischen* Partei mit seinem radikaleren Antimilitarismus.

Der englischen *Arbeiter-Regierung* haben inzwischen die außenpolitischen Erfolge etwas den Nimbus aufgefrischt. Möge sie diese Erfolge nicht durch große Torheiten wieder zunichte machen und möge sie wohl radikal sein, aber nicht doktrinär. Auf Henderson scheint in dieser Beziehung fortdauernd mehr Verlaß als auf Macdonald. Oder tut man diesem damit Unrecht?

3. Die Friedensbewegung.

Den Uebergang von der weltpolitischen Bewegung (die wir ja immer auch stark unter dem Gesichtspunkt der Befriedung der Welt betrachten) zu der Friedensbewegung im engeren Sinne bildet die *Abrüstungskonferenz*. Auf diese spitzt sich jetzt der Friedenskampf zu. Mit Recht. Nur Eines ist zu betonen: *was die Abrüstungskonferenz im günstigsten Falle zustande bringen wird, kann uns Antimilitaristen selbstverständlich nicht genügen*. Es besteht aber eine gewisse Gefahr, daß der Eindruck erweckt wird, das Erreichte genüge nun wohl für lange. Eine Reduktion der Rüstungen hilft selbstverständlich nicht das Geringste, wenn nicht die Bewegung auf die völlige Abrüstung hin weitergeht. Sie erzeugt bloß Illusionen, welche von den Aufrüstern benutzt werden. An uns Antimilitaristen aller Länder ist es, daß wir diesen Betrug gar nicht aufkommen lassen, indem wir das letzte Ziel den Völkern lebendig und eindringlich vor Augen halten.

Inzwischen ist es ganz richtig, wenn wir diese Gelegenheit ausnutzen. Das tut u. a. die *Petitionsbewegung der Frauenliga*. Sie muß nur mit noch erhöhter Energie weitergeführt werden. Was solche, aus der Begeisterung fließende Energie vermag, beweist z. B. der Umstand, daß allein in einer kleineren Stadt wie *Biel* und ihrer Umgebung 14 000 Unterschriften zusammengebracht worden sind.

Henderson ist, zusammen mit dem ersten Lord der Admiralität, Alexander, (welch ein Unterschied gegen uns!) neuerdings der Abrüstungsbewegung in einer großen Rede zu Hilfe gekommen. Er hat den Krieg, die „furchtbarste und unsinnigste menschliche Dummheit“ genannt und seine „unbedingte Abschaffung“ verlangt, „was nur durch eine Beschränkung oder mit der nationalen Sicherheit gerade noch zu vereinbarende Herabsetzung der stehenden Heere geschehen könne“. Gut, aber was ist unter „nationaler Sicherheit“ zu verstehen? Darauf kommt es an. Oder gilt die Lofung: „Sicherheit durch Abrüstung“ nicht mehr?

Wir bleiben dabei: nur völlige und allgemeine Abrüstung hilft, und diese kann nur durch das Vorgehen einzelner Völker und Menschen zustandekommen. Die Militaristen wissen genau, daß das der springende Punkt ist und haben nur *davor* Angst. Darum suchen sie die *dänische Abrüstung* um jeden Preis zu vernebeln. Kaum war die Tinte getrocknet, womit ich im letzten Monatsbericht geschrieben hatte, sie würden sich über den dänischen Vorstoß in diesem Sinne hermachen, so ging auch schon ein Artikel durch unsere schweizerischen Zeitungen, der dieses edle Geschäft besorgen sollte. Die dänische Abrüstung sei eine ganz andere Sache als die unfrige wäre; Dänemark habe „ganz andere Verhältnisse“ und so fort. Selbstverständlich ist kein wahres Wort daran. Einmal ist die dänische Abrüstung so ziemlich genau das, was auch wir wollen. Sodann sind die „Verhältnisse“ in Dänemark schon „ganz anders“, als bei uns, nur umgekehrt als die Militaristen den Unwissenden weismachen wollen. Deutschland hat Dänemark eine ganze Provinz, Nordschleswig, hergeben müssen und wird sich dabei nicht ohne weiteres beruhigen. Was ist, mit so etwas verglichen, der Zonenkonflikt oder die Stänkereien mit dem Almanacco dell'Adula? Was aber die politisch-strategische Lage betrifft, so ist Dänemark sogar gefährdeter als wir. Denn es bildete in einem kommenden Krieg zwischen „Osten“ und „Westen“ eine Schlüsselstellung ersten Ranges. Nein, die Verhältnisse sind nur insofern „ganz anders“, als Dänemark ein Volk hat, das noch etwas glauben und wagen kann und auch in diesen Dingen seinen Verstand braucht, was alles ein großer Teil der Schweizer verlernt hat.

Die Schweiz, ihrer edlen Gewohnheit getreu, will auch etwas zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz tun, nämlich ihre Armee verstärken. Denn das ist der Sinn der vorgeschlagenen „Reorganisation“. Zwar hatte einmal sogar ein bürgerlicher Politiker, der Genfer Rochaix, den Mut gehabt (nicht zum erstenmal) einen Abrüstungsvorschlag zu machen, freilich diesmal einen der bescheidensten Art: nämlich, daß ein kleines Teilchen von unserem Militärbudget für die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz benützt werde.¹⁾ Schon darob bleiches Entsetzen im Völkerbundsland. Und nun wird vom Militärdepartement jene „Reorganisation“ der Armee angekündigt, von der schon eine Weile gemunkelt wurde. Der Plan verfolgt offenbar den Zweck, dem Antimilitarismus, der in der Schweiz rasch zunimmt, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zu diesem Zwecke will man Ersparnisse vortäuschen und dann erklären: „Seht, jetzt haben wir das, was unbedingt nötig ist, nicht mehr und nicht weniger.“ Damit soll die Abrüstungsinitiative schon an der Entstehung verhindert werden. Der ganze Geist und auch die Verlogenheit dieses Versuches wird durch die Stelle ausgedrückt: „Wir begrüßen und unterstützen alle Bestrebungen, die geeignet sind, die Garantien des Weltfriedens zu mehren. [Was eine Lüge ist!] Wir sind aber auch bewußt, daß wir vorläufig zur Erfüllung unserer Aufgabe [welcher?] einer Armee bedürfen. Wo der Wehrwille aufhört, wird das Anrecht auf nationale Selbständigkeit und Ehre verwirkt. Durch diese vom Schweizervolk mit wenig Ausnahmen [es mögen etwa anderthalb Millionen sein, diese Ausnahmen, aber was bedeutet das bei einem solchen Riesenvolk!] anerkannte Tatsache erübrigt sich der Hinweis auf unsere internationalen Verpflichtungen [welche?] und jede weitere Begründung für die Notwendigkeit der Armee.“ Bumm, bumm! Es wird dann noch betont, daß die allgemeine Wehrpflicht und das Milizsystem unbedingt festgehalten würden. (Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 15. April, Blatt 7.)

Der Schachzug ist, bei der Schaffheit eines Teils der Antimilitaristen, nicht ungeschickt. Man will mit dieser „Reorganisation“ und diesem Ersparnisbluff das Volk vor ein fait accompli stellen, will, wie man sagt, „den Vorstreich fassen“ und die Initiative von vornherein unmöglich machen. Aber der Schuß könnte leicht hinten hinaus gehen. Durch solche Schlaumeiereien ist die Abrüstungsbewegung nicht im Ernste aufzuhalten. Es ist Sache von uns Antimilitaristen, den Herren vom Säbel die Rechnung gründlich zu verderben.

Es scheint, daß die Dienstverweigerung vor einem neuen Aufschwung steht. In der Schweiz ist nun der Fall Weber doch noch einmal vor das Militärgericht in Bern gekommen. Dieses hat sich ebenso anständig erwiesen wie das in Aarau im Falle Lüscher. Es hat Weber ungefähr das Minimum von Strafe zugesprochen: 8 Tage Arrest und Ausstoßung aus der Armee, aber ohne Ehrenfolgen. Weber ist (was für die auswärtigen Leser bemerkt sei) der spiritus rector der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, der Leiter der sozialistischen Bildungsarbeit und einer der führenden Männer des schweizerischen Sozialismus, überhaupt eine unserer besten Hoffnungen für ihn!

In Litauen ist, wie früher berichtet wurde, Juozas Petrulis wegen Dienstverweigerung zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden, von denen er noch 3½ Jahre abzubüßen hat. Ihm gefällt sich Kasys Jurdzinskas, der neuerdings zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. In Polen (Wilna) erhielt Alexander Mozolewski wegen Dienstverweigerung ein Jahr Gefängnis. In Jugoslawien sitzen noch immer 31 Nazarener im Gefängnis. In Finnland sind neuerdings verurteilt worden: Arndt Pekurinen (zum zweitenmal), Tauno Tapaneinen (beide zu sechs Monaten), Karl Nickul (zu drei Monaten). Vaino Särkkä wartet auf seinen Prozeß. In der Tschechoslowakei erhielt Franz Milec drei Monate.

In Litauen und Estland haben im Lauf des letzten Jahrzehntes etwa ein Dutzend Männer verweigert. In Holland sitzen stets durchschnittlich so viele Verweigerer im Gefängnis.

¹⁾ Statt zu Manövern.

4. Soziales.

Die soziale Gärung mehrt sich mit jedem Monat. Noch immer steht die Welt auch in dieser Beziehung im Zeichen der „Krise“. Arbeitslosigkeit, Mangel an Absatz für Industrie und Landwirtschaft, Herabsetzung der Löhne bei Arbeitern, Angestellten und Beamten, daraus entstehend große Arbeitskonflikte und wachsende Verbitterung. Es geht dabei keineswegs allen schlecht. Die Accumulatorenfabrik Oerlikon schüttet 20 Prozent Dividende aus und zahlt fünf Verwaltungsräten Tantiemen im Betrage von 103 558 Franken aus (für eine Arbeit, die keine ist), während für alle Angestellten und Arbeiter zusammen 61 000 Franken übrig bleiben. Die acht schweizerischen Großbanken verzeichnen für das Jahr 1930 einen Gewinn von rund 74 Millionen (gegen 80 im Vorjahr); die Vereinigten Luzerner Brauereien zahlen als Nachsteuer (!) eine Million Franken und schütten trotzdem acht Prozent Dividende aus. (Große Patrioten werden die Aktionäre auch fein!) Die Basler Gesellschaft für Chemische Industrie zahlt 17 Prozent Dividende.¹⁾ Der Zündhölzchenruß Kreuger hat im Jahre 1930 57,6 Millionen schwedische Kronen (= rund 120 Millionen Schweizerfranken) Profit gemacht. In Norwegen werden 43 000 Arbeiter ausgesperrt, weil sie sich gegen Lohnverminderung wehren. In Nordfrankreich ist aus dem gleichen Grunde ein großer Streik entstanden. Bei einer Bergwerkskatastrophe in Eschweiler (Rheinland) sind 26 Arbeiter umgekommen. Das Elend der Arbeitslosen in manchen Ländern reicht bis ans Verhungern heran. Um von China zu schweigen. Dabei gewaltiger Ueberfluß an Gütern!

5. Schweizerisches.

Der Gedanke, im Tessin eine italienische Universität oder Akademie zu schaffen, um dem faschistischen Einfluß auf die italienische Schweiz entgegenzuwirken, kommt nicht zur Ruhe. Er ist eine Zeitlang von Arnaldo Bettelini mit besonderem Eifer vertreten, nun aber auch von andern führenden Tessinern aufgenommen worden. Man muß ihn sehr begrüßen. Allerdings sollte seine Verwirklichung sich nicht an das übliche Universitätschema binden. Weit aus am schönsten dünkt mich der Vorschlag von Ruch, einem geistigen Mittelpunkt auch für die Rhäto-Romanen, die Ladinern, die Bretonen und anderer kleiner Abkömmlinge des Lateinischen (und des Keltischen) zu schaffen. Leicht ist freilich das alles nicht.

Die Schrift von Schmidhauser: „Das Schicksal der Schweiz im Schicksal der Demokratie“, die im vorletzten Heft erwähnt worden ist, scheint einige Gedankenbewegung zu schaffen. Wobei sie natürlich nicht immer verstanden wird.

6. Kulturelles.

Chaplin, der Filmstar, hat einen Triumphzug durch Europa gemacht. — In Düsseldorf findet der Prozeß des Massenmörders Kürten statt. Welch ein Blick in satanische Tiefen! Muß das alles einem Millionenpublikum von Zeitungslesern mitgeteilt werden? — Der Fall Wolff-Kienle wird zu einer großen Agitation für den § 218 benützt. Darüber nächstes Mal. Gerade den Eindruck einer Märtyrerin macht mir diese Frau Doktor auf keinen Fall! — In Horgen (in der Schweiz) hat ein furchtbares Verbrechen (ein vierfacher Mord!) stattgefunden, durch einen Geistesgestörten verübt, auf den die Pfingstgemeinschaft ungünstig eingewirkt habe. — In Chicago ist scheint's der berühmte „Big Bill“ (William Thompson), der verdächtig war, mit der Verbrecherwelt im Einvernehmen zu stehen, nicht wieder gewählt worden. Sein Nachfolger, Anton Cermak, soll entschlossen sein, den

¹⁾ Als Beispiele großer Gewinne seien weiter verzeichnet: Nestle 8 und 16 Prozent; Aluminium Neuhausen 15 Prozent; Chemische Fabrik Sandoz (Basel) 20 Prozent; Schweizerische Nationalversicherung-Gesellschaft Basel 15 Prozent. Dazu meistens große Tantiemen!

ganzen Korruptionsumpf abzugraben. — *Managua*, die Hauptstadt von Nicaragua, ist durch ein Erdbeben zerstört worden. 5000 Tote!!

7. Kirche und Religion.

Alles, was unter der Rubrik „Kirche und Religion“ zu berichten ist, dreht sich um das *soziale Problem*, was bezeichnend ist.

In Deutschland steht der *Fall Eckert* stetsfort im Mittelpunkt einer großen Erregung der Geister. Volksversammlungen von vielen Tausenden von Teilnehmern haben sich für Eckert eingefetzt. Eine Petition für ihn findet massenhafte Unterschriften. (Es seien schon 100 000 zusammen, nur in Baden!) Trotzdem scheint die Möglichkeit, ja sogar Wahrscheinlichkeit zu bestehen, daß seine endgültige Absetzung erfolgt. Das Verwaltungsgericht hat sich gegen ihn entschieden und die religiös-sozialistischen Freunde halten die Lage eher für ungünstig. Da ist nun zu sagen, daß eine Absetzung Eckerts uns von unserem schweizerischen Boden aus unerhört vorkäme. Ich glaube einen gewissen Anspruch zu haben, Eckert gegenüber als unbefangen zu gelten. Es besteht zwischen ihm und mir ein gewisser Gegensatz der Naturen und Denkweisen. Darum ist es nicht selbstverständliche Parteinahme für einen Gesinnungsgenossen, wenn ich Zweierlei ausspreche. Erstlich: Es wäre in meinen Augen ein fast unbegreiflicher Fehler, ja eine Sünde, gerade vom Standpunkt der Kirche aus, wenn diese Eckert aus den Reihen ihrer Diener entfernte. Die Chance, Kirche und Proletariat wieder zusammenzubringen, könnte damit leicht für immer verloren gehen. Ein solcher Schritt zeugte von einer Verblendung, wie man sie nur an den tragischen Wendepunkten der Dinge antrifft und nicht verstehen kann. Das ist das Erste und Entscheidende. Das Zweite aber ist: Ich halte den Kampf Eckerts (und seiner Freunde) gegen den Nationalsozialismus für eine Angelegenheit von weittragender Bedeutung für die Sache Christi. Es ist der Kampf für das Kreuz Christi gegen seine Verfälschung und damit die Rettung des „positiven Christentums“, das kein Freidenkertum auch nur von ferne so stark gefährdet, wie diese Travestie des Kreuzes selbst. Mag hinter dem Nationalsozialismus auch große Wahrheit stehen, so muß er doch *bekämpft* werden, da er diese Wahrheit durch die Art, wie er sie vertritt, nur verzerrt und entwertet. Ich würde wahrscheinlich den Kampf etwas anders führen, das Recht dieser Bewegung mehr hervorheben, aber so viel ich sehe, führt Eckert den Kampf gediegen, ohne Beschimpfung, auf Grund von reicher und sachlicher Dokumentierung. Er tut jedenfalls (mit seinen Freunden Fuchs, Kappes, Löw, Kleinschmidt, von Jüchen und andern) etwas, was die Kirche tun sollte und *nicht* tut. Und nun bedenke man, was die 71 Vorträge, die Eckert allein seit dem November 1930 vor etwa 70 000 Menschen gegen den Nationalsozialismus gehalten hat, bedeuten, welche Nervenkraft sie fordern, welchen Mut und wie solche Versammlungen die letzten Fragen und Wahrheiten mitten in die brennende Wirklichkeit tragen — und man wird vollends ermessen, was die Bestrafung eines solchen Wirkens durch die Kirche wäre! Was an Eckerts Art manchem nicht gefällt, darf im Angesicht solcher Tatsachen gar nicht in Betracht kommen; sein Ungehorsam und seine Unehreubietung gegen den Vorgesetzten (wofür Eckert übrigens gute Gründe hat) werden zu Bagatellen, und vollends die Amtswürde, mit der man operiert, dieser blödeste der Fetische — man vergleiche etwa das Leben des Apostels Paulus, der wahrhaftig anderes zu tun hatte, als seine „Würde“ zu wahren! Kurz, die Amtsentsetzung eines solchen Mannes wäre ein Akt, den das offizielle Christentum auf keine Weise verantworten könnte und ohne Zweifel teuer bezahlen müßte.

Uebrigens ist gegen den jüngeren Pfarrer *Kleinschmidt* in Thüringen ein ähnliches Verfahren im Gange, auch wegen Ungehorsam gegen kirchliche Verfügungen im Kampf gegen den Nationalsozialismus.

In *Württemberg* haben die religiösen Sozialisten sich zum erstenmal an den Kirchenwahlen beteiligt, aber trotzdem sie 50 000 Stimmen aufbrachten, keinen Sitz erstritten, weil sie in keinem Wahlkreis die Mehrheit erlangten.

In einem gewissen innern Zusammenhang mit diesen Vorgängen steht der Vorstoß des *Freidenkertums*. Berlin soll zur Zentrale des kommunistischen („proletarischen“) Freidenkertums werden. Eine „Gottlosen-Aktion“ hat das sozialdemokratische Polizeipräsidium von Berlin verboten, wohl nicht aus religiösen Gründen, sondern zur Vermeidung von Unruhen. Die neuen Notverordnungen haben unter dem Einfluß des bekannten katholischen Innenministers Wirth jede Beschimpfung der Religion und der religiösen Einrichtungen unter schwere Strafe gestellt. Das mag ebenfalls *politisch* richtig sein, dem *Glauben* ist damit nicht gedient; dem tut die *Anfechtung* gut. Aber man sieht, wie überall die Linien des neuen, großen Kampfes sich abzeichnen.

In all diesem Lärm des Neuen ist ein altes Organ der äußersten kirchlichen und politischen Rechten, die „Kreuzzeitung“, still zu den Toten gegangen.

In England ist ein Einbruch in den Damm des alten *englischen Sonntags* geschehen. Es sind nun unter gewissen Vorbehalten Konzerte, Kinovorstellungen und Vergnügen erlaubt. Vielleicht ließ sich dies nicht anders machen, aber der alte englische Sonntag war eine große Sache, eine Kraftquelle ohnegleichen für das englische Volk.

Höchster Aufmerksamkeit wert ist fortwährend das *Erwachen der römisch-katholischen Kirche zu ihrer sozialen Aufgabe*. Es seien einige neue Zeichen desselben angemerkt. Der *Erzbischof von Prag*, Dr. Franz Kordac, von dem wir letzthin eine Reihe von Ausprüchen voll revolutionären Radikalismus zitiert haben, sagt in einem Hirtenbrief an seinen Klerus u. a. über das *Eigentum*: „Das Privateigentum ist nicht absolut und unbefränkt, wie es die Römer betrachtet haben, sondern relativ zum Gemeinwohl, welchem es auch dienen muß nach den Gesetzen der allgemeinen Not, der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe. Auch die Produktionsmittel könnte der Staat als das Eigentum von Privaten in das Eigentum der Gesamtarbeiterschaft übertragen, wenn das zur befriedigenden Lösung der sozialen Frage dienen würde. Die Arbeitsinstrumente würden mit dem Arbeiter wieder zur natürlichen Einheit vereinigt werden, aus der sie vom kapitalistischen Wirtschaftssystem gerissen wurden.“ Was ist das anders als Sozialismus?

Der bekannte Jesuit *Pesch* schreibt im „Neubau der Gesellschaft“, 2. Heft:

„Was uns den Weg zur Volksseele verlegt, das ist vor allem jenes tiefe Mißtrauen der Massen gegen Kirche und Christentum. Man sieht in uns die Vertreter der kapitalistischen Interessen, die Beschützer der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung. Dieses Mißtrauen, in sich unbegründet, muß mit aller Kraft, Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit bekämpft werden. Wir müssen klare Stellung nehmen gegen den Kapitalismus auch in unserem Programm... Dieser volle Bruch mit dem kapitalistischen System ist die unbedingt notwendige Voraussetzung, um das Mißtrauen der sozialistischen Arbeiter zu überwinden, aber auch, um die christlichen Arbeiter vor einem solchen lähmenden Mißtrauen zu bewahren. Wir müssen das Volk belehren, daß der individualistische Kapitalismus im schroffsten Gegensatz steht zur christlichen Soziallehre und Moral... Kapitalismus und Christentum stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser! Das müssen wir heute fortgesetzt mit lauter Stimme verkünden, so oft und so laut, daß es bis unter die Dächer der Mietskasernen dringt und dem Bewußtsein der Massen geradezu eingehämmert wird.“

In der „Katholischen Kirchenzeitung“, Wochenschrift für den katholischen Klerus (Salzburg), erklärt der Herausgeber, Dr. *Joseph Dillersberger* (12. Febr. 1931):

„Alle diese Anklagen an die kapitalistische Welt müssen ausgesprochen und immer wieder erhoben werden, daß sie auch in die Ohren jener dringen, die der Kirche oft nur deshalb den Rücken kehren, weil sie die Lieblinge Christi, die Armen, angeblich zu sehr vergessen hat. Wir müssen ehrlich genug gegen uns

selbst und gegen unsere Gegner sein — und unsere Nachlässigkeit und unsere Veräumnisse in dieser Hinsicht zugeben. Sie müssen es hören, daß nun diese Erkenntnisse den *Umbruch der Gesinnung* langsam vorbereiten, daß sich in *katholischen Kreisen auch eine Revolution vollzieht, wie sie vielleicht seit Konstantin dem Großen nie mehr da war in der Geschichte der Kirche*. Die Kirche will wieder zu den Armen halten...“

Ganz besonders erregend ist eine Verhandlung über das Problem des *Sozialismus* vom katholischen Standpunkt aus im „*Seelsorger*“ (November und Dezember 1930 und Februar 1931), der in der Verlagsanstalt „Tyrolia“ in Innsbruck erscheint. Der bekannte Professor Dr. Michael Pfliegler in Wien, der den religiösen Sozialisten sehr nahe steht, eröffnet sie mit dem Aufsatz: „Sozialistenseelsorge?“ Dann folgen eine Reihe von solchen aus andern Federn, die an Radikalismus nichts zu wünschen übrig lassen. Es seien für diesmal nur die folgenden Stellen zitiert:

„Muß sich denn die Kirche als die Beschützerin des „Kapitalismus“ aufwerfen?... Soll dieses System die Kirche wirklich beschützen?... Nehmen wir einmal entschieden Stellung gegen das heutige Wirtschaftssystem und in vielen Herzen wird ein Bann gelöst und sie atmen auf, wie kürzlich die Italiener, als endlich die Ausöhnung zwischen Vatikan und Quirinal zustande gekommen war... Wenn die Arbeiter wieder Vertrauen haben zum Priester, weil er wirtschaftlich auf ihrer Seite steht, dann hören sie auch seine Predigt wieder.“ (Abt Dr. A. Wiesinger O. Cist.)

„Am Anfang unserer Gegenwirkung [gegen den Bolschewismus] müssen Gewissenserforschung und Confiteor stehen. War die Religion nicht vielfach „Opium fürs Volk“, ein „Wandschirm“?... (Vikar A. Bieler.)

„Wir haben den Arbeiter einem materialistischen System überantwortet. Und waschen jetzt unsere Hände wie Pilatus... Wir dürfen wegen veralteter Wirtschaftsanschauungen, wegen wirtschaftlicher Fragen unsere Arbeiter nicht vor Satans Hunde gehen lassen! Umdenken! Frontwechsel! Allen alles sein können!...“ (Pater Paul O. Cist.)

Zum Schluß soll noch ein typisches Wort von Dr. Aloysius Scheiwiller, dem neuen Bischof von St. Gallen, folgen: „Wir stehen an einem Wendepunkt. Heute ist die Stunde da, wo für Katholiken eine neue Mission beginnt: auf neuen Fundamenten eine neue Welt zu bauen. Um diese Aufgabe zu lösen, braucht es einen ganz radikalen, christlichen, tief katholischen Geist.“

In Basel haben die Pfarrer Dieterle, Thurneysen und Eya mit Prof. Bächtold zusammen in einem Kino (!) Vorträge über „*Die Gottesfrage in der Not der Gegenwart*“ gehalten. Ein origineller Versuch! Was bei diesem Anlaß Pfarrer Thurneysen über den *Klassenkampf* sagte, unterscheidet sich, wenn der Zeitungsbericht zutrifft, in keiner Weise von unserer eigenen Position.

17. April 1931.

L. R.

Ein bürgerlicher Staatsmann — aber kein schweizerischer — über die Abrüstung der kleinen Völker. Der norwegische Staatsminister Mowinkel, der der Partei der Gemäßigten Linken angehört, hat sich in der Osloer Zeitung „*Tidens Tegn*“ für die freiwillige Abrüstung der kleinen Staaten ausgesprochen. Die Ausführungen, die in ganz Skandinavien größtes Aufsehen erregten, lauten:

„Man muß vor allem die Lehren für die Zukunft ziehen. Soll das Erwerbs- und Arbeitsleben auf einer stabilen und gesunden Grundlage weitergeführt werden, so müssen alle bösen Taten und Instinkte des Krieges und des „Friedens“ abgerüstet werden, und zwar sowohl militärpolitisch wie handelspolitisch.“

Es ist eine falsche und törichte Behauptung, daß wir nicht bei uns selbst beginnen können und daß die anderen, die „Großen“, beginnen müssen. Auf viele Arten ist es vielleicht für uns am leichtesten, den Weg zu weisen. Die kleinen nordischen Länder stehen in großpolitischer Hinsicht so selbstlos da, so gefestigt und sicher in ihrem Willen, in allen zwischenstaatlichen Angelegenheiten das Recht

an die Stelle der Macht zu setzen, so überzeugt davon, daß der Weg der Verständigung und der Zusammenarbeit der einzige ist, dem sie folgen können, daß sie es nicht nötig haben, auf irgend jemand zu warten, um die Tat an die Stelle des Wortes treten zu lassen.“

Die Geschichte vom barmherzigen Samariter in Basel. Den Antifemiten zum Nachdenken. Von einem Leser der „Nationalzeitung“ wird dieser berichtet: „Als ich am Donnerstag nach Feierabend auf meinem Velo von Riehen nach Basel fuhr, mußte ich nahe bei der Haltestelle Habermatten zu meinem größten Schrecken mit ansehen, wie ein Fahrgast aus einem in voller Fahrt befindlichen Tramwagen stürzte. Sofort stieg ich ab: Ein älterer Herr lag auf seinem Gesicht. Auf meine Anrufe gab er keine Lebenszeichen; im Gesicht wies er stark blutende Wunden auf. Ich legte den Verletzten auf den Rücken und hob ihn dann auf meinen Mantel. Es ging gegen 6 Uhr und war schon finstere Nacht. Allein konnte ich nicht helfen; so entschloß ich mich, bei einem Automobilisten Hilfe zu suchen. Bald gelang es mir, einen Wagen anzuhalten, der Fahrer aber erklärte mir, er sei sehr pressiert, ich solle einen andern Autler zu Hilfe nehmen. Nicht besser erging es mir mit einem zweiten Wagen. Erst der Besitzer eines dritten, prächtigen Autos zeigte sich zunächst zur Hilfe bereit; als er aber sah, wie blutig ich selbst infolge des Beistands, den ich dem Verunglückten geleistet, war, winkte auch er ab: „Denken Sie doch, mein schöner, neuer Wagen!“ Er fuhr weiter und ich war wieder hilflos.

Der Inhaber eines vierten Automobils endlich stand mir bei; er half mir, den Gestürzten in seinen Wagen tragen, er stellte auch, trotzdem ich ihn darauf aufmerksam machte, daß sie verblutet würde, seine wollene Decke zur Verfügung, um ihn bequem zu betten — und fuhr sorgfältig nach dem katholischen Klara-Spital. Der dortige Arzt konstatierte eine leichte Gehirnerschütterung; er erkannte in dem Verunglückten einen *evangelischen Pfarrer*. Der Automobilist, der als erster und so selbstverständlich seine „Christenpflicht“ erfüllt hatte, war — *ein Jude!*“

Aarau. Zusammenkunft der „Aufbau- und Neue Wege“-Gruppe Sonntag, den 26. April, *versuchsweise* nachmittags 4.30 Uhr im alkoholfreien Restaurant „Helvetia“. — Vorlesen aus der Broschüre von *Henriette Roland Holst*: „Der Umschwung in der geistigen Lage und die neuen Aufgaben des Sozialismus.“ Anschließend Besprechung des Gelesenen.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Ausschuß.

Für die Hungernden in China sind bei den „Neuen Wegen“ seit Ende März eingegangen: W. W.-E. Th. 10.—; O. W., B. 100.—; E. R., B. 50.—; E. H., K. 10.—; F. W., Fr. 165.—; A. L., D. 50.—. Total 485.— Franken.

Herzlich dankend

L. und C. Ragaz.

Für die Kinder der Arbeitslosen in Deutschland sind uns seit der letzten Verdankung zugegangen: F. W., Fr. 50.—; W. W. E. Th. 10.—; E. R., B. 25.—; E. Sch., C. 10.—; J. R. Sch. Z. 50.—; Z. in Z. 20.—; E. R., R. 5.—; A. P., B. 50.—; E. H., K. 20.—; M. L., B. 15.—; X. 5.—; Ungen. 50.—; E. St., S. 20.—; A. M.-T., D. 30.—; M. B., B. 20.—; F. W., Fr. 65.—; A. St. u. H. W., W. 30.—; K.-B., Z. 10.—; Ch. R., Z. 10.—; A. Pf., Z. 15.—; Z. in Z. 10.—; F. W. Fr. 100.—. Gesamtsumme 710.— Franken.

Warm verdanken diese Gaben

L. und C. Ragaz.